

Wirtschaft und Politik

Was darf Sicherheit noch kosten?

SERIE: POLITIK IN DER KRISE Die Rezession bestimmt die Agenda der nächsten Bundesregierung Teil 4: Verteidigung

ANDREAS RINKE | BERLIN Würde man die Bilanz eines Verteidigungsministers nur an der Entwicklung seines Etats messen, dann war Franz Josef Jung (CDU) sehr erfolgreich. Der deutsche Verteidigungshaushalt ist in den vier Jahren seiner Amtszeit gestiegen. Doch wer immer das Amt nach der Bundestagswahl bekleiden wird: Niemand rechnet derzeit damit, dass dieser Anstieg sich fortsetzen könnte. Im Gegenteil. Angesichts der hohen Staatsverschuldung und des nötigen Sparkurses gilt eher eine erneute Kürzung bei den Ausgaben für die Bundeswehr als wahrscheinlich.

Genau hier liegt die große Herausforderung für die Außen- und Sicherheitspolitik der kommenden Regierung. Denn trotz der wachsenden Etatzwänge werden die internationalen Anforderungen wachsen, die öffentlichen Debatten und Verteilungskämpfe in Deutschland härter werden - was auch die Verhandlungen des nächsten Verteidigungsministers mit seinem Finanzkollegen entscheidend verändern dürfte.

Die Bundesregierung wird sehr viel genauer erklären müssen, wozu die teuren Auslandseinsätze dienen. Schon aus Kostengründen wird zudem der Druck wachsen, sich aus halbwegs stabilen Einsatzgebieten wie in Bosnien oder dem Kosovo wieder zurückzuziehen.

Die Präsidentschaftswahl in Afghanistan und die zunehmende Zahl der Anschläge in dem zentralasiatischen Land haben dabei aber bereits jetzt deutlich gemacht, dass die Bundeswehr zumindest in diesem Land künftig eher mehr als weniger gefordert sein dürfte. Amerikanische Diplomaten wie der Nato-Botschafter Ivo Daalder machen dabei unmissverständlich klar: Washington hofft und erwartet, dass die Europäer in den kommenden Monaten dem amerikanischen Vorbild folgen werden und ihre zivilen und militärischen Kräfte in Afghanistan massiv aufstocken. Nur mit dieser Strategie könne man die Taliban besiegen.

Im November und Dezember stehen in Deutschland dazu Debatten über die Mandatsverlängerung an. Dabei wird die neue Bundesregierung entscheiden müssen, ob sie die Obergrenze von 4 500 Mann erheblich aufstocken soll.

Mehr Soldaten im Ausland aber kosten mehr Geld, nicht nur wegen der Auslands- und Gefahreneinsätze. Gleichzeitig steigen die Kosten für den Transport der im Schnitt nur für jeweils vier Monate stationierten Soldaten und ihrer Ausrüstung. Noch entscheidender aber ist, dass wegen der größeren Gefährdungslage zunehmend teurere Materialien eingekauft werden müssen, etwa gepanzerte Fahrzeuge.

Anders als im Kalten Krieg, als die "Armee im Wartestand" ihr Material eigentlich nur wegen Altersschwäche austauschen musste, verbrauchen die Soldaten heute zudem durch die sich mehrenden Kampfeinsätze und Anschläge Munition und militärische Ausrüstung. Ein Anschlag bedeutet eben nicht nur Gefährdung für Leib und Leben, sondern schnell auch einen millionenschweren Materialschaden.

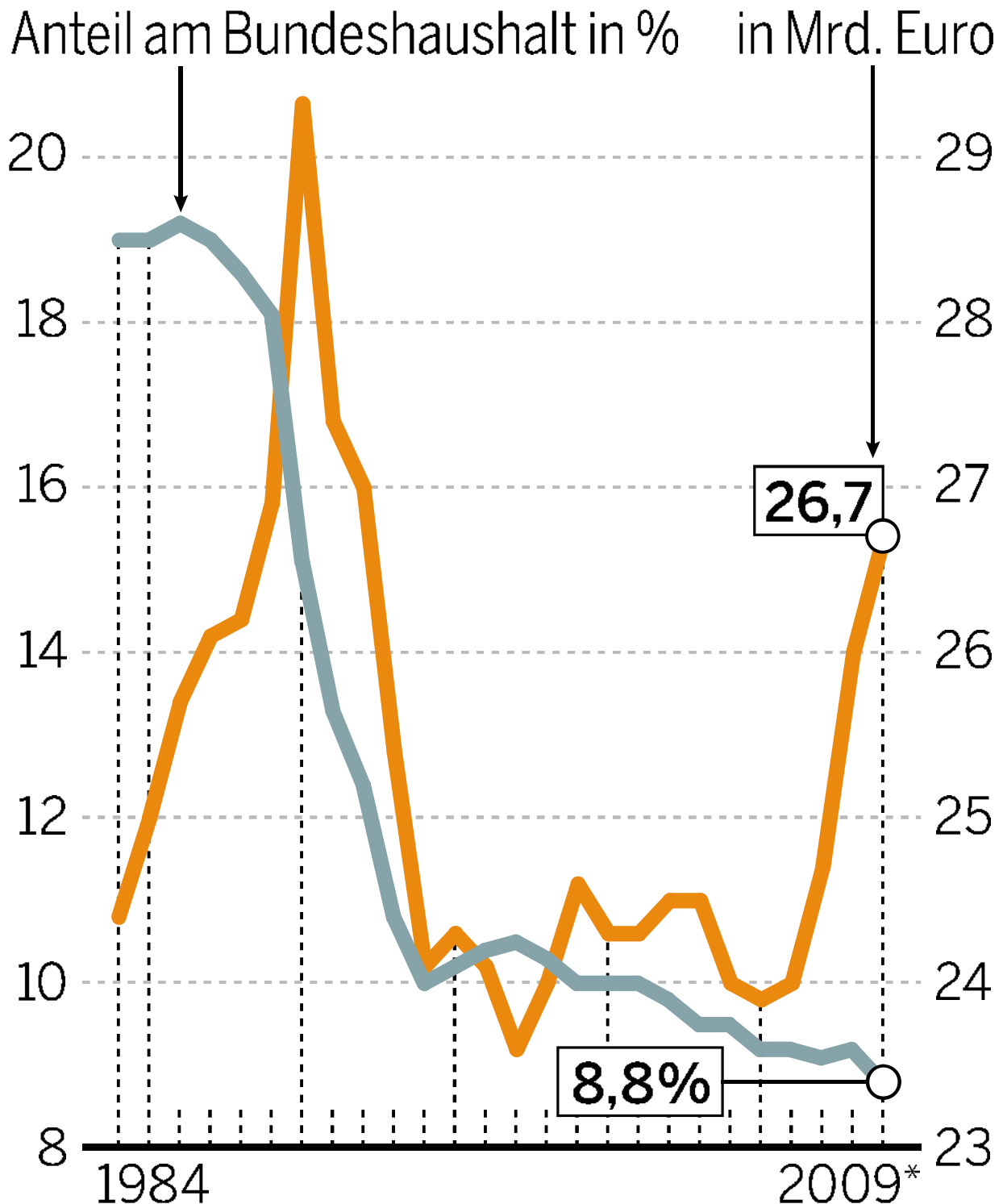
Dazu wird die neue Regierung den Spagat zwischen einer immer schnelleren technologischen Entwicklung und der Langfristigkeit der Rüstungsgeschäfte aushalten müssen. Weil Großprojekte wie das Militärtransportflugzeug A400M oder der Eurofighter Bestellungen sind, die über Jahrzehnte geplant, ausgehandelt und dann abgewickelt werden, erhält die Bundeswehr manchmal am Ende Waffen, die sie in einer sich schnell verändernden Welt nicht mehr braucht - zumindest nicht so dringend wie einige andere Geräte, für die sie dann aber kein Geld mehr hat.

Ganz konkret wird sich in der nächsten Legislaturperiode deshalb die Frage stellen, ob die Regierung wirklich noch die letzten geplanten Eurofighter anschaffen wird oder nicht. Denn nach heutigem Stand sehen es selbst viele Offiziere nicht mehr als so dringlich an, dass die Bundeswehr 180 Kampfflugzeuge dieses Typs noch braucht. Dagegen wächst beispielsweise der Bedarf nach Aufklärung sehr stark. Nur erfordert die Entwicklung und der Einsatz neuer, unbemannter Flugkörper und weiterer Satelliten sehr viel Geld. Im Investitionsrahmen des Etats für die kommenden Jahre ist dafür kaum Spielraum, weil über Jahre die teuren Großprogramme wie A400M und Eurofighter abgewickelt werden müssen. Die Verteilungskämpfe und der Streit um das Streichen alter Programme wird also zunehmen.

Ganz ähnlich sieht es bei den anderen Instrumenten der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik aus, zu der letztlich auch die Entwicklungshilfe zählt. Angesichts des erwarteten Schrumpfens des Bundesetats ab nach 2010 wird die Bereitschaft gering sein, die Entwicklungshilfe wie in den vergangenen Jahren weiter zu erhöhen. Nur steht die Bundesregierung offiziell im Wort, das international gesetzte Ziel von 0,7 Prozent des BIP erreichen zu wollen.

Im Vergleich dazu geht es in der auswärtigen Kulturpolitik um relativ geringe Beträge: Aber für die Darstellung Deutschlands und die Absicherung der Interessen des Landes ist dies nicht weniger wichtig, wenn man den Ansatz einer "vernetzten Sicherheit" wirklich ernst meint. Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) hatte in dieser Legislaturperiode die Etatansätze für die Goethe-Institute, deutsche Auslandsschulen und den internationalen Auftritt deutscher Wissenschaftsorganisationen aufgestockt. Ob eine Fortsetzung folgt, ist angesichts leerer Kassen mehr als fraglich.

Deutscher Wehretat



Handelsblatt | *Soll; Quelle: Bundesministerium der Verteidigung

Handelsblatt Nr. 165 vom 28.08.2009

© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.